

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Wegzug-Gebühr
...
Telegraphische Adressen: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Kugelige-Zerkl.
...
Zerkl. ...
Zerkl. ...
Zerkl. ...

Für Feinschmecker:

Lebeck's

Fondant-Chocolade | per Tafel 50 ct
 Rahm-Chocolade |
 Bitter-Chocolade |
 Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.
 Dessert per Carton 2,3 u. 4 M.

Marken-Dreiering.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Weihnachten!
Immerfort Neuheiten
Ebeling & Croener
Bankstrasse 11.

elektrisch

Spielwaren-Weihnachts-Ausstellung
B.A. MÜLLER K.S. HOF.
DRESDEN - A
Fragertstraße 32

Neuheit!
Hänge-Schaukelpferd.
Ideal als Spielzeug u. Gymnastik.

Nervenschmerzen

all. Art, Neuralgie, Kopf- u. Gliederreissen, rheumatische u. gichtliche Attacken werden ungemein gelindert u. meistens schnell beseitigt durch „Schmuckers nervenstärkenden und nervenberuhigenden Menthol-Spiritus“. Echt in Flaschen zu 60 Pfennige, 1,20 und 3,- Mark. Versand nach auswärts.

Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch apter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise.

C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.

Für eilige Leser.

Die erste Donauflottille ist von Budapest nach Semlin abgegangen. In Oesterreich-Ungarn ist seit Sonnabend früh die Zensur aller telegraphischen und telephonischen Nachrichten über österreichische Truppenbewegungen angeordnet worden.

Serbien konzentriert, nach einer Meldung aus Dacia, in den eroberten Gebieten ein Armeekorps, um einem österreichischen Angriff, der von Bosnien her erwartet wird, zu begegnen.

Die Dardanellen-Durchfahrt ist anziehend unterbrochen.

Im Bundesrat finden gegenwärtig, veranlaßt durch Bayern, Württemberg und Baden, Beratungen über die Gewährung von Tagelohnern an Schülfern und Geschworene statt.

Die Kaisermanöver 1914, zu denen 6 Armeekorps herangezogen werden sollen, werden voraussichtlich in Hessen abgehalten werden.

Unter dem Vorsteh des preussischen Eisenbahnministers v. Breitenbach fand in Essen eine wichtige Besprechung über den Wagenmangel auf den preussischen Bahnen statt.

Die „Große Landwirtschaftliche Woche“ des nächsten Jahres wird in der Zeit vom 17. bis 21. Februar stattfinden.

Der erste konservative Parteitag für Niederschlesien in Liegnitz sprach der Leitung der Gesamtpartei rückhaltloses Vertrauen aus.

Der französische Etat fordert für Marokko als erste Rate für das kommende Etatsjahr 280 Millionen Franken.

Witwenzahlige Witterung: Wolfig, Temperaturzunahme, kein erheblicher Niederschlag.

Der Reichstag

wird bei seinem Zusammentritte am nächsten Dienstag den Etat für 1913 und den Gesetzentwurf über das Petroleummonopol auf dem Tische des Hauses vorfinden. Es wird erwartet, daß die Etatberatungen von Anfang an beschleunigt werden sollen, um endlich einmal wieder Präzision in die Verabreichung des Budgets zu bringen und mit der unerfreulichen Erscheinung aufzuräumen, daß der ordnungsmäßige Termin der Fertigstellung des Etats wegen des endlosen Redebedürfnisses der Herren Volksvertreter nicht innegehalten werden kann. Auf Grund der vielfachen bösen Erfahrungen, die mit ähnlichen Ankündigungen früher gemacht worden sind, wird man dieser Vorhersage wohl keinen unbedingten Glauben schenken können, um so weniger, als in der kurzen Verhandlungszeit vor der Weihnachtspause auch noch die Interpellationen über die Fleischsteuerung erledigt werden sollen, bei denen von sozialdemokratischer und bürgerlich radikaler Seite ein gewisser Duft von agitatorischem Fensterredensflug zu gewärtigen ist. Da wird es jedenfalls eines kräftigen Gegendruckes von Seiten des Präsidiums und der positiv gerichteten Parteien bedürfen, um die entseelten Redeflutten rechtzeitig einzudämmen und ein vernünftiges Verhältnis zwischen der Tätigkeit der Sprechwerkzeuge der radikalen und sozialistischen Abgeordneten und der Zahl und dem Umfange der zur Beratung stehenden Gegenstände herzustellen.

Für die Geschäftsführung des Reichstages im sachlichen Sinne könnte es nur förderlich wirken, wenn die Neuwahl des Präsidenten, die durch die Mandatsniederlegung des Fortschrittlers Dr. Kaempf notwendig geworden ist, ein Ergebnis zeitigte, das die leitende Stelle des Reichstages von parteipolitischen Einflüssen unabhängiger macht, als dies bei einem Vertreter des Radikalismus, selbst wenn er den besten Willen zur Objektivität besitzt, nach der ganzen Eigenart dieser Richtung überhaupt möglich ist. Persönlich ist gegen Herrn Dr. Kaempf gewiß nicht das geringste einzuwenden, aber darauf kommt es hier gar nicht in erster Linie an. Es handelt sich vielmehr um die Frage, ob der freisinnig-fortschrittliche Parteiführer in hervorragendem Maße diejenigen parlamentarischen Eigenschaften besitzt, die ihn nach seiner inzwischen vollzogenen Wiederwahl im 1. Berliner Wahlkreise als besonders geeignet zur abermaligen Übernahme des Präsidiums erscheinen lassen könnten. Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Es kann, rein sachlich gesprochen, gar keine Rede davon sein, daß Herr Dr. Kaempf sich durch seine Amtsführung als Reichstagspräsident allgemeines

Vertrauen erworben hätte. Er hat im Gegenteil einmal bei einer sehr peinlichen Episode eine Haltung eingenommen, die dem nationalen Empfinden durchaus keine Rechnung trug. Das war am 17. Mal, als der „Genosse“ Scheidemann, ebenso kurzen wie unliebsamen vizepräsidentlichen Angedentens, die empfindlichen Schwähnungen gegen Preußen ausgeföhren hatte, u. a. durch die Bemerkung, die Einverleibung in Preußen sei die schwerste Strafe, die ein Volk treffen könne; sie bewirke für die Betroffenen zugleich den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Und das mit Bezug auf Elßah-Vorbringen im Angesichte des glorig aufstrebenden Nachbarn an unserer Westgrenze! Ein Sturm der Entrüstung brauste durch das Haus, aber Herr Dr. Kaempf schwieg, und erst, als der „Genosse“ Scheidemann, durch die unbegreifliche Nachsicht des Präsidenten zu weiteren Ausschreitungen ermutigt, die Einverleibung Elßah-Vorbringens in Preußen mit der Verheißung in die zweite Klasse des Soldatenstandes auf eine Stufe stellte, „bat“ Herr Dr. Kaempf den sozialdemokratischen Redner höflich, sich zu mäßigen mit Ausdrücken, die zu einem Ordnungsrufe führen könnten. Als wenn nicht gleich von vornherein ein ewigwährender Ordnungsruf gegenüber derartigen fanatischen Ausbrüchen einer vaterlandslosen Gesinnung am Platze gewesen wäre!

Hieran muß denn doch erinnert werden, wenn die Fortschrittler und Innerhalb des Nationalliberalismus die Linksliberalen sich zu gebürden, als ob der Reichstag die unbedingte Pflicht hätte, Herrn Dr. Kaempf jetzt zum Präsidenten, womöglich sogar durch einfachen Zuzuf, wiederzuwählen. Eine Wahl durch Zuzuf scheidet unter allen Umständen aus, weil die Rechte dabei nicht mitmacht. Das wäre eine Vertrauensstundgebung, zu der jeder Anlaß fehlt. Indessen auch die sonstige Auffassung der Linken, daß Herr Dr. Kaempf auf Knall und Fall wieder auf den Präsidentenstuhl hinaufgewählt werden müsse, und daß die Rechte eine „einfache Anstandsspflicht“ verlegen würde, falls sie dieser ordre du multi nicht gehorcht, ist ganz unhaltbar. Die wenig scharfsinnigen Fortschrittler und Linksliberalen ihrer Sache sind, acht u. a. daraus hervor, daß eine jungliberale Drohnote

an die Rechtsnationalliberalen ergangen ist, worin diese vor „Arwegen“ bei der Präsidentschaftswahl gewarnt und darauf hingewiesen werden, daß es für sie eine andere Möglichkeit als die Wiederwahl Kaempfs überhaupt nicht gebe. Die Altliberalen haben darauf mit süß-saurer Miene geantwortet, daß Herr Dr. Kaempf in dem vorerwähnten Fall des „Genossen“ Scheidemann zwar zweifellos nicht auf der Höhe seiner Aufgabe gestanden habe, daß man aber „aus praktischen Gründen“ sich mit seiner Wiederwahl zum Präsidenten „abfinden“ könne. Das klingt nichts weniger als begeistert, und da die Mehrheitsverhältnisse im Reichstage ziemlich verwischte Grenzlinien aufweisen, wobei eine oder zwei Stimmen den Ausschlag geben können, so erscheint es keineswegs als „bombastischer“, daß die volksparteiisch-nationalliberal-sozialdemokratische Mehrheit, die am 14. Februar und 8. März d. J. Herrn Dr. Kaempf erkor, auch diesmal wieder das Heft in der Hand behalten wird.

Vom patriotischen und zugleich vom richtig verstandenen parlamentarischen Standpunkt aus erscheint dasjenige Reichstagspräsidium als das beste, das sich am weitesten abseits von aller Parteipolitik hält und ausschließlich eine die wahre Würde des Reichstages streng aufrecht erhaltende sachliche Geschäftsführung auf unerschütterlich nationaler Grundlage im Auge hat. Gerade die Betonung des nationalen Gesichtspunktes in diesem Zusammenhange ist heute angelehrt der unerhörten vaterlandsfeindlichen Herausforderungen der Partei des Unkurzes besonders nötig. Der Parlamentarismus kann sein Daseinrecht nicht besser erweisen als dadurch, daß er die Seele eines Volkes in ihrem Kampfen und Ringen nach nationaler Vervollkommnung auf allen Gebieten der öffentlichen Betätigung getrennt widerspiegelt. In diesem Sinne liegt dem deutschen Reichstage und seinem Präsidium unter den heutigen Verhältnissen die dringliche Pflicht ob, angelehrt der drohenden Gefahren der einseitigen Lage eine geschlossene patriotische Front gegen die Sozialdemokratie herzustellen und den leidigen Parteihader hinter dem vaterländischen Gebote der Stunde zurückzustoßen.

Weitere Verwicklungen im Balkanconflikt.

Die Berliner Auffassung bleibt andauernd ruhig.

es wird gegenüber der Futuristischen Meldung und beunruhigender Gerüchte an Berliner unterrichteter Stelle erklärt, daß die allgem. eine politische Lage seit Freitag mittag eine gewisse Besserung im Sinne einer weiteren Entspannung aufzuweisen hat und daß man in politischen Kreisen der ferneren Entwicklung gewisser Fragen, die vielleicht vor noch nicht langer Zeit problematisch erschienen, mit größerer Zuversicht entgegenzusehen. Was die Haltung Serbiens anbelangt, die noch kürzlich einen intransigenten Eindruck machte, so liegen auch hier deutliche Zeichen eines Einlenkens in die Bahnen einer maßvolleren und besonnenen politischen Auffassung vor. Diese findet ihren Grund in dem wachsenden Einflusse Rußlands, dessen Regierung in unzuweiliger Weise zu verstehen gegeben hat, daß sie nicht geneigt sei, ungerechtfertigte Forderungen serbischer Chauvinisten zu unterstützen. Allerdings steht Rußland auf dem Standpunkte, daß den Serben der Wunsch nach einem Abtrübseln auf eigenem Gebiete schwerlich wird bestritten werden können, wenn auch mit der Einschränkung, daß dieser Platz nur kommerziellen Interessen zu dienen und daher besetzt zu bleiben habe. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist diese Auffassung inzwischen Gegenstand von Verhandlungen, zu denen sich Oesterreich-Ungarn bereit erklärt hat. Bis zu welchem Grade man in Wien geneigt ist, diesen Wünschen Rechnung zu tragen, dürfte bereits die nächsten Tage ergeben.

Ueber die Berliner Reise des Feldmarschall-Lieutenants v. Schemua

teilt der „Lok.-Anz.“ noch mit: Am Donnerstag abend wurde das Hotel Adlon davon verständigt, daß am nächsten Tage aus Wien zwei Herren einreisen würden, für die man Zimmer bereit halten solle. An die Bestellung wurde zugleich die Erklärung geknüpft, daß die beiden Herren sich nur einen Tag in Berlin aufhalten würden. Ihre Namen wurden nicht genannt, und sie wären auch ein Geheimnis geblieben wenn nicht ein Angestellter des Hotels in einem der beiden in Zivil gekleideten Reisenden den Generalstabes der österreichischen Armee erkannt hätte. Eine Aufnahme der Gäste in die Fremdenliste erfolgte nicht, und die Herren begaben sich in die ihnen vorbehaltenen Zimmer, nachdem der jüngere der beiden noch den Wunsch ausgesprochen hatte, daß sie von niemand ge-

stört werden möchten. Nachdem sie sich ein wenig rehaussiert hatten, verließen die beiden Herren um 10 Uhr vormittags das Hotel, um sich nach dem Generalstabesgebäude zu begeben, wo sie mit General v. Moltke längere Zeit konferierten. Von dort kehrten sie gegen 1 Uhr zurück, um im Hotel das Frühstück einzunehmen. Um 4 Uhr verließ Feldmarschall-Lieutenant v. Schemua das Hotel und kehrte nicht mehr zurück; etwas später folgte ihm auch sein Adjutant, Major v. Vohl. Man darf annehmen, daß sie die Zeit bis zum Abgange des Wiener Zuges um 7 Uhr beim österreichisch-ungarischen Vorkommando zugebracht haben. In das Hotel Adlon hatte sie der Militärattaché der österreichisch-ungarischen Botschaft, Major v. Bienerth, gebracht, der ebenfalls Zivilanzug trug.

Der österreichisch-ungarische Vorkommando an Berliner Hof, v. Szagony-Wartha, hat in letzter Stunde wegen dringender Dienengeschäfte auf die Teilnahme an der Hofjagd in Springs verziehen müssen.

Ueber österreichische Mobilisierungen

wird aus Budapest vom 23. gemeldet: Sonnabend nachmittags 1 Uhr alina von Budapest die erste Donauflottille, bestehend aus 2 Monitoren, 2 Torpedobooten und 4 kleinen Kriegsschiffen, mit der Bestimmung nach Semlin ab. Großes Aufsehen erregte es Sonnabend vormittags, als bei den Angehörten der künftigen Strakenbahn im Depot südliche Organe erschienen, die den dort anwesenden Schaffnern und Motorführern die Einberufungsbefehle einhändig mit der Verpflichtung, sich morgen bei den Truppenkörpern einzufinden. Die betreffenden Angehörten mußten sofort abrechnen und wurden nach Hause entlassen, um ihre Angelegenheiten zu ordnen.

Serbische militärische Maßnahmen gegen Oesterreich.

Der Sonderberichterstatter der „Italia“ dröhrt aus Dacia, daß Serbien in den neueroberten Gebieten ein Armeekorps zusammenziehe, um einen etwaigen Anariff Oesterreich-Ungarns, der von Bosnien erwartet wird, zurückzuweisen.

Ein Dreihundabkommen über Albanien.

„Italia“ meldet die am 19. d. M. erfolgte Unterzeichnung eines italienisch-österreichischen Abkommens über Albanien. Das Abkommen, das nicht politischer, sondern nur kommerzieller Art ist, habe die Zustimmung Deutschlands gefunden.